



ANKOMMEN

Wie Brandenburg seine Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen und integrieren kann.

> Seite 4

AUFKOMMEN

50 Fahrgäste am Tag machen für Brandenburg wohl noch keinen Bahnhof.

> Seite 11

EINKOMMEN

Rot-Rot rechnet Kohle-Arbeitsplätze schwarz. Mit den Erneuerbaren anscheinend gar nicht.

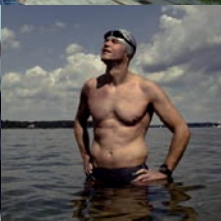
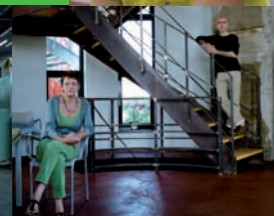
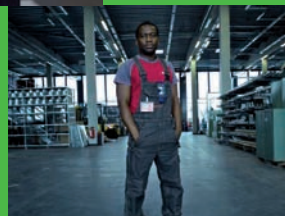
> Seite 8



SCHÖN



DASS SIE



DA SIND

Wer dieser Tage unseren grünen Fraktionsflur im Brandenburger Landtag betritt, sieht in viele neue, zunächst fremde Gesichter. Uns sind sie inzwischen zu vertrauten NachbarInnen geworden. Salvador Mba, Jean Sayers oder Thanh Nguyen Manh sind vor Jahren nach Brandenburg eingewandert oder geflüchtet. Haben hier ihre Liebe gesucht, ihr Glück oder Schutz. Ihre Geschichten erzählen davon, wie sie unser Land bereichern.

unterzubringen, ärztlich zu versorgen und zu integrieren. Wir, die Zivilgesellschaft, die Menschen vor Ort, wir können einfach unsere Herzen öffnen. Lassen sich beide Seiten auf eine Begegnung ein, werden aus Schwierigkeiten oft Chancen – so lautet auch ein Satz in unserer Ausstellung.

Wir laden Sie ein sich einzulassen – auf neue NachbarInnen, auf unsere Ausstellung und eine interessante Lektüre dieser brandGRÜN!

Die meisten Menschen, die in diesen Monaten nach Brandenburg kommen, sind Traumatisierte, Notleidende, Hilfebedürftige, die vor Kriegen, Verfolgung und vor dem Tod fliehen. Ja, es ist ein Kraftakt für Brandenburg, die Flüchtlinge menschenwürdig

3 FRAGEN AN ...



URSULA NONNEMACHER

Landtag und Regierung sind vor einem halben Jahr neu gestartet. Rot-Rot regiert wieder, die Bündnisgrünen sind in der Opposition. Ändert sich etwas für die Fraktion?

Auf jeden Fall: Es wird schwieriger. Die AfD ist neu im Parlament und rückt unter der Führung von Fraktionschef Gauland immer weiter nach rechts. Gemeinsame Initiativen der gesamten Opposition wie in der letzten Wahlperiode wird es damit nicht geben. Wir Bündnisgrüne bleiben auf jeden Fall eine konstruktive und kritische Opposition.

Hat sich die Aufregung um den Einzug der AfD gelegt?

Ein Gewöhnungseffekt wird nicht eintreten. So lautstark um die AfD-Abgeordneten diskutiert wurde, so kleinlaut und kaum wahrnehmbar sind diese MdL in den Landtagsausschüssen – da, wo richtig inhaltlich gearbeitet werden muss! Absurde Redebeiträge im Plenum, mit denen die AfD zum Beispiel Kita-PädagogInnen Erziehungskompetenz abspricht, und das bieder-bürgerliche Auftreten von Alexander Gauland sind alles andere als harmlos. Dessen demonstrative Teilnahme an den Pegida-Aufzügen in Dresden, sein in Kriegsrhetorik angekündigter Rechtsruck in der Partei und die Forderung, Menschen aus dem Nahen Osten die Einwanderung zu verbieten, zeigen: Die AfD in Brandenburg ist fremdenfeindlich und sie belastet das politische Klima in unserem Land und im Landtag.

Hat „Pegida“ in Brandenburg eine Bedeutung?

Das gute und ermutigende Zeichen ist, dass Pegida-Ableger bei uns kaum auf Resonanz stoßen, sondern überall auf eine viel größere Zahl von GegendemonstrantInnen, die zeigen: Wir lassen uns von den Schicksalen der Flüchtlinge berühren. Wenn wir die notleidenden Menschen menschenwürdig unterbringen und mit Sprachkursen und Betätigungsmöglichkeiten integrieren, erleben wir das alle als Bereicherung, persönlich und für unser Land.

Ursula Nonnemacher ist stellv. Fraktionsvorsitzende und Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag

BRINGT LEBEN INS PARLAMENT ...

... und wir bringen's Parlament in euer Leben: Am Zukunftstag 2015, am 23. April, öffnen unsere Abgeordneten die bündnisgrünen Fraktionstüren wieder für 10 Mädchen und Jungen der 7. bis 10. Klassen. Wir sind gespannt, was ihr zu unseren grünen Vorschlägen für eine Parlamentsreform sagt, die für lebendigere Debatten sorgen und die Politik näher an die Menschen bringen soll. Falls schon alle Plätze für den Zukunftstag belegt sind, kann man sich auch einfach so mit der Klasse oder Gruppe zu einem Besuch im Landtag und unserer Fraktion anmelden:

www.gruene-fraktion-brandenburg.de/besuch-im-landtag

INKLUSION BRAUCHT GUTE SCHULE ...

... und eine gute Schule braucht Inklusion. Diese Überzeugung teilen wir mit Wilfried Steinert, der mit dem wissenschaftlichen Beirat „Inklusive Bildung“ beim Bildungsministerium Empfehlungen für die Umsetzung der „Schule für alle“ erarbeitet hat. Mit ihm geht unsere bildungspolitische Sprecherin Marie Luise von Halem ab dem Frühjahr 2015 auf Tour durch verschiedene Orte in Brandenburg. Sie zeigen, dass und wie die inklusive Schule funktionieren kann und wie andere die Inklusion erfolgreich meistern. Eingeladen sind Eltern, Lehrkräfte, ErzieherInnen und alle anderen Interessierten.

Die Termine und Orte stehen unter www.gruenlink.de/w73

ILB BRAUCHT NEUE FÖRDERPRAXIS

Wenn sich der Manager der Biotechnikfirma HBS selbst wundert, dass sich die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) mit einem offenkundig fragwürdigen Liquiditätsnachweis zufrieden gibt, dann gehört die Förderpraxis der ILB auf den Prüfstand. Die gerichtlichen Auseinandersetzungen um die HBS und die Verurteilung des von der ILB unterstützten Hoteliers Axel Hilpert 2012 veranlassten unsere wirtschaftspolitische Sprecherin Heide Schinowsky, das Fördergebahren der Bank im Wirtschaftsausschuss zu diskutieren. Von der nun eingerichteten Arbeitsgruppe des Wirtschaftsministeriums erwarten wir bald Verbesserungsvorschläge.



KLAR ZUR AGRARWENDE

Die Landwirtschaft steckt in einer Vertrauenskrise. VerbraucherInnen sind erschrocken über TV-Bilder, auf denen Enten mit Mistgabeln erschlagen, Ferkel mit bloßer Hand getötet, Schweinen die Schwänze, Hühnern die Schnäbel abgeschnitten werden. Viele bäuerliche Betriebe wollen und dürfen mit den schwarzen Schafen nicht über einen Kamm geschoren werden. Auch deshalb haben wir die Einladung des Kreisbauernverbands Elbe-Elster gern angenommen und uns moderne konventionelle Schweine- und Rinderställe angeschaut: Die Tiere dort hatten vergleichsweise viel Bewegungsfreiheit, allerdings keinen Auslauf, kaum Frischluft oder Tageslicht.

Zeit für eine neue Haltung

Viele BrandenburgerInnen demonstrierten mit zehntausenden Menschen anlässlich der Grünen Woche Anfang 2015, dass sie Megaställe satt haben. 34.000 Unterschriften der Volksinitiative gegen Massentierhaltung zeigen, welchen großen Rückhalt der Protest gegen

industrielle Tierfabriken in der märkischen Bevölkerung hat. Bei der Anhörung der Volksinitiative, von LandwirtInnen, UmweltschützerInnen und WissenschaftlerInnen im Agrarausschuss des Landtages reichten die Plätze im Saal nicht aus – die Diskussion wurde per Live-Stream in einen weiteren Raum übertragen. Die meisten Angehörten wollen eine tiergerechte Haltung und dass der Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft reduziert wird. Der Bauernbund ist dafür, dass Fördermittel für neue Stallbauten restriktiver ausgegeben werden. Auf seiner Märzsitzung muss sich der Landtag mit der Volksinitiative befassen – unsere Fraktion steht voll und ganz hinter deren Forderungen.

Bleibt Tierwohl hohle Phrase?

Die Förderabsichten des Agrarministers sprechen allerdings noch eine andere Sprache. Stallanlagen, die kaum über den geltenden gesetzlichen Standards liegen und damit weiter die elenden Haltungsbedingungen zementieren, sollen mit 20 Prozent gefördert werden

– das gehört gestrichen! Und die von Vogelsänger geplante 40%ige Premi-umförderung muss eine sein, die ihren Namen auch verdient: Geld vom Land darf es nur da geben, wo Tiere mehr Licht, mehr Luft, mehr Auslauf bekommen. Von Niedersachsen kann man sich das abgucken. Wir nehmen gern den Verbraucherschutzminister Markov beim Wort, der die Initiative von neun Bundesländern für ein Verbot von Reserveantibiotika in der Tiermast unterstützen will. Denn diese Reserveantibiotika werden in der Humanmedizin als allerletztes Mittel gebraucht, wenn klassische Antibiotika aufgrund von Resistenzen nicht mehr anschlagen. Unsere Fraktion kann man beim Wort nehmen – und sich davon z. B. in den öffentlichen Ausschuss- und Landtags-sitzungen überzeugen.

*Benjamin Raschke
umwelt- und landwirtschafts-
politischer Sprecher*

www.gruenlink.de/wca

ALLES AUF EINE GESUNDHEITSKARTE

Wenn ein in Brandenburg lebender Flüchtling krank ist, dann geht er – nicht zum Arzt. Asylsuchende, Geduldete und Flüchtlinge sind von der medizinischen Versorgung der gesetzlichen Krankenversicherung ausgeschlossen. Bei akuten Schmerzen und Krankheitsfällen ist zunächst ein bürokratischer Leidensweg zu beschreiten. Eine Arztbehandlung gibt es nur mit einem Krankenschein vom Sozialamt, den die Flüchtlinge für jeden Akutfall neu beantragen müssen – bei Verwaltungsangestellten, die in der Regel nicht über die erforderlichen medizinischen Kenntnisse verfügen. Diese gesetzliche Regelung führt dazu, dass viele Krankheiten unnötig auftreten und lange verschleppt werden, zu viele Notarzteinsätze und stationäre Behandlungen erforderlich werden. Der Zwang, für jede einzelne Behandlung einen Schein bei einer Behörde zu beantragen, ist belastend und stigmatisierend.

In Bremen und Hamburg haben Kommunen und Krankenkasse miteinander vereinbart, dass digitale Krankenkassenkarten an

Asylsuchende ausgegeben werden. Die AOK Nordost ist bereit, das „Bremer Modell“ auch in Brandenburg anzubieten. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie alle Landkreise für die Schließung eines einheitlichen Vertrages mit der AOK gewinnt, um die Gesundheitskarte landesweit rasch einzuführen.

In einem zweiten Schritt wollen wir auf Bundesebene erreichen, dass Flüchtlinge nicht nur auf das für sie bislang stark eingeschränkte Leistungsangebot der Krankenkassen zurückgreifen dürfen, sondern gleichberechtigt in die Gesetzliche Krankenversicherung miteinbezogen werden. Es gibt nicht Menschen erster und zweiter Klasse – und deshalb sind auch Flüchtlinge gleich zu behandeln.

*Ursula Nonnemacher,
gesundheits- und sozialpolitische Sprecherin*

LAND IN SICHT?

Nach einer Flucht um die halbe Welt sind Abdul, ein Scheich aus dem Jemen, Farid aus dem Iran und Brian aus Kamerun als Flüchtlinge in einem abgelegenen Asylbewerberheim in Bad Belzig (Potsdam-Mittelmark) gestrandet. Ohne einen gesicherten Aufenthaltstitel bleibt ihnen die Teilnahme am Leben außerhalb der Heimtüre größtenteils verwehrt, doch sie fahnden trotzdem nach Wegen hinein in die deutsche Gesellschaft. Auf Dorffesten, Ämtern und Diskotheken prallen ihre Vorstellungen von Deutschland mit den Mentalitäten der Eingewanderten aufeinander.

Die Dokumentarfilmerinnen Judith Keil und Antje Kruska haben die drei Protagonisten ein gutes Jahr lang begleitet. Ihr Dokumentarfilm „Land in Sicht“ zeigt die zweifellos problembeladene Ausgangslage der Asylbewerber, aber auch die unfreiwillige Komik der Aufeinandertreffen mit den Einheimischen. Die Filmemacherinnen machen deutlich, dass die Sehnsüchte, Ängste, Macken,

Gedanken und Hoffnungen der Geflüchteten durchaus mit unseren zu vergleichen sind.

Unsere Fraktion zeigt „Land in Sicht“ an 8 Abenden an verschiedenen Orten in Brandenburg. Im Anschluss an den Streifen kann man mit einer der Filmemacherinnen, Protagonisten des Films und Abgeordneten unserer Fraktion diskutieren. Der Eintritt ist frei. Alle Termine und Orte unter

www.gruenlink.de/vvu



WILLKOMMENSKULTUR FÜR FLÜCHTLINGE

ÄMTER, ÄRZTINNEN UND ANSPRACHE

Die Stadt Angermünde veranstaltet prompt Willkommens-tage und in Frankfurt (Oder) gibt ein Verein Sprachunter-richt: BrandenburgerInnen breiten die Arme aus für Neuankömmlinge, die durch Kriege und bewaffnete Konflikte aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Nachdem Anfang der 1990er Jahre 32.000 Asylsuchende in Brandenburger Heimen wohnten, ging die Zahl bis 2007 auf knapp 600 AntragstellerInnen zurück. Nun steigt die Zahl der Flüchtlinge weltweit wieder. In Brandenburg haben im letzten Jahr mit fast sechseinhalbtausend doppelt so viele Menschen Asyl gesucht wie noch 2013 – Tendenz steigend.

So wie es der von unserer Fraktion 2012 auf den Weg gebrachte Landtagsbeschluss vorsieht, sollen die Ankömmlinge nicht in Not-unterkünften und außerhalb einer funktionierenden Infrastruktur, sondern möglichst in Wohnungen unterkommen – und wo das nicht möglich ist, in Sammelunterkünften mit max. 80 Plätzen. Deutschunterricht und ärztliche Versorgung, ausreichend Duschen und Toiletten, angemessene Zimmergrößen, Spielmöglich-keiten für die Kinder und Gemeinschaftsräume gehören zur menschenrechtskonformen Unterbringung. Je besser sich die Flüchtlinge eigenverantwortlich um die Dinge des täglichen Le-bens wie Einkaufen oder Kochen kümmern können, desto besser läuft die Integration.

Gerade in Brandenburg haben wir nicht durchgängig einen an-gespannten Wohnungsmarkt – der Leerstand beträgt vielerorts 10 Prozent. Dennoch rangiert das Land mit einer Wohnungs-unterbringungsquote von 40 Prozent im Ländervergleich weit unten. Vergleichbare Flächenländer wie Niedersachsen oder Schleswig-Holstein erreichen 70 bis 90 Prozent. Bei uns gelingt es derzeit nur in der Prignitz, alle Flüchtlinge in Wohnungen un-terzubringen und auf Sammelunterkünfte zu verzichten. Bran-denburg sollte die zusätzlichen vom Bund bereitgestellten Finanzmittel nutzen, um mehr Wohnungsunterbringung zu ge-währleisten.



© Vielfalt statt Einfalt FfO

Deutsch auf dem Wunschzettel

Als der Verein „Vielfalt statt Einfalt“ in Frankfurt (Oder) den von den Flüchtlingen gefüllten Wunschbriefkasten öffnete, stand auf den meisten Zetteln: Deutsch lernen. Die EhrenamtlerInnen geben nun Sprachunterricht in der Oderlandkaserne. Wir wollen, dass es regelmäßige Kurse schon in den Erstaufnahmeeinrich-tungen gibt. Die Angebote für Erwachsene, erst recht für Kinder und Jugendliche reichen landesweit nicht aus. Schon mit geringem Aufwand könnte das Land solch zivilgesellschaftliches Engage-ment fördern, z. B. Unterrichtsmaterialien zur Verfügung stellen und zentrale AnsprechpartnerInnen für Hilfewillige benennen.

Ursula Nonnemacher, innenpolitische Sprecherin

Eine Stellungnahme des Flüchtlingsrates Brandenburgs zum Thema unter www.gruenlink.de/w72

NEBENTÄTIGKEIT VON ABGEORDNETEN

KEINE HALBEN SACHEN!

Das Jahr 2015 begann mit einer Premiere im Parlamentsbetrieb. Zum ersten Mal wurden – auf eine Gesetzesinitiative unserer grünen Fraktion hin – die Nebeneinkünfte der Abgeordneten nach Einkommensklassen veröffentlicht, und Überraschungen blieben nicht aus. Auf ganze 12 vergütete Nebentätigkeiten bringt es der SPD-Abgeordnete und Präsident des Landesbauernverbandes Udo Folgart. Mit monatlichen Zusatzeinkünften bis zu 7.000 Euro liegt er nur eine Stufe unter Topverdiener Sven Petke von der CDU. Der Vorsitzende des Hauptausschusses offenbarte, dass er als Direktor für das Osteuropageschäft bei Bombardier ein Monatseinkommen von 7.000 bis 15.000 Euro zusätzlich zur Abgeordneten-Entschädigung von 7.510 Euro bezog. Solche „Nebeneinkünfte“ zahlt ein Auftraggeber nicht für eine 10-Stunden-Woche. Bei diesen Schwerverdiener-MdL ist klar, dass das Landtagsmandat nur das Zubrot zum Haupterwerb ist.

Abgeordnete arbeiten Vollzeit

Das geringere Problem ist noch, dass Abgeordnete mit Nebenjobs im Parlament häufiger durch Abwesenheit glänzen und die anderen Fraktionsmitglieder das Fehlen in den Ausschüssen ausbaden müssen. Schwerer wiegt: Nach unserer Landesverfassung sind Abgeordnete VertreterInnen



Unsere sechs bündnisgrünen Abgeordneten sind Vollzeit- und Vollblut-PolitikerInnen

des ganzen Volkes; an Aufträge und Weisungen sind sie nicht gebunden. Um dieses freie Mandat zu sichern, erhalten Abgeordnete eine Entschädigung, mit der sie ihr Mandat in Vollzeit ausüben können. Das Mandat zum Einwerben zusätzlicher Einkünfte auszunutzen, sollte sich auch jenseits der neuerdings verbotenen Abgeordnetenbestechung ausschließen. Genauso wenig darf das Mandat dazu dienen, den Einfluss von Lobbyverbänden auf die Politik zu vergrößern wie im Fall des Bauernverbandes. Udo Folgart muss sich entscheiden, ob er als Verbandsvertreter oder als Abgeordneter tätig sein will. Im Bundestag gab Ulrich Freese (SPD) nach öffentlichem Druck seinen Sitz im Aufsichtsrat von Vattenfall auf. Diesen Anspruch müssen wir auch in Brandenburg erheben.

Sven Petke löste im Februar seinen Vertrag mit Bombardier. Pikant: Es war das Unternehmen, das eine Doppeltätigkeit des Managers in der Wirtschaft und im Politikbetrieb nicht akzeptierte. Auch pikant: Petkes Ehefrau Katherina Reiche schmiss zwei Tage später ihren Job als Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium und ihr CDU-Bundestagsmandat hin, um als Hauptgeschäftsführerin zum Verband Kommunalen Unternehmen und in eine höhere Gehaltsklasse zu wechseln – und das genau an dem Tag, als die Bundesregierung eine Karenzzeit für sich in die Wirtschaft verabschiedende MinisterInnen und StaatssekretärInnen beschloss. Unsere Fraktion fordert eine dreijährige Pause für in die Wirtschaft wechselnde PolitikerInnen.

Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender

ROTE ZAHLEN IN DER BRAUNKOHLE

In einem Brief an den schwedischen Ministerpräsidenten bezifferte Dietmar Woidke vor einem halben Jahr die Zahl der direkten und indirekten Braunkohle-Jobs in der Lausitz noch mit 30.000. Zwei Monate später ist diese Zahl in einer Antwort der Landesregierung auf Anfrage unserer Fraktion auf unter 10.000 gesunken. Rot-Rot bezieht sich dabei auf eine Prognos-Studie; für das Jahr 2030 prognostiziert diese sogar weniger als 6.000 Arbeitsplätze in der Braunkohleindustrie. Während Rot-Rot permanent die langfristige Sicherheit der Braunkohle-Arbeitsplätze betont, belegen die von ihr selbst vorgelegten Zahlen das Gegenteil. Hinzu kommt, dass die Bundesregierung derzeit Instrumente für den Kohleausstieg erarbeitet.

Die Beschäftigten dürfen mit diesen Entwicklungen nicht allein gelassen werden – deshalb müssen jetzt der mittelfristige Ausstieg aus der Braunkohle sozialverträglich in die Wege geleitet, der Umbau der Energieversorgung in Richtung 100 Prozent erneuerbarer Energien vorangetrieben sowie der notwendige Strukturwandel in der Lausitz angepackt werden. Der Tagebau Welzow Süd II wird genauso wenig gebraucht wie ein neues Kraftwerk in Jänschwalde; für die nächsten 15 Jahre reicht die Kohle aus den bereits bestehenden Braunkohlegruben aus. Lohnenswert sind stattdessen Investitionen in erneuerbare Energien: In diesem Bereich gab es im Jahr 2013 in Brandenburg schon 17.580 Arbeitsplätze, wie die Landesregierung mitteilte.

Heide Schinowsky, energiepolitische Sprecherin

www.gruenlink.de/wcd

VERGURKT

Als Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt im Vorfeld der Grünen Woche zugab, dass mit TTIP nicht jeder regionale Käse und jede Wurst geschützt werden könne, da fuhr ihm sein Brandenburger Amtskollege in die Parade! Vogelsänger lobte die regionalen geschützten Produkte als hohes, identitätsstiftendes Gut. Gut gebrüllt, Löwe!



© Liddy Hansdotir – Fotolia.com

Leider ist dies viel Lärm um wenig. Mit Spreewälder Gurken und Meerrettich sowie dem Lausitzer Leinöl gibt's in Brandenburg ganze drei Gütesiegel mit geschützter geografischer Angabe. Und dabei wird's wohl bleiben.

Neue Regionalmarken stehen nämlich nicht im Fokus von Rot-Rot. Aus dem Förderprogramm für den ländlichen Raum in Brandenburg wurde die „regionale Wertschöpfungskette“ – also die gezielte Förderung von Veredelung und Vermarktung – herausgestrichen. Begründung: Brauchen wir nicht. Die Regeln für die Kennzeichnung regionaler Produkte sind im Übrigen alles andere als klar: Hinter der blumigen Bezeichnung „Leckeres aus der Region“ kann sich alles Mögliche verbergen. Den markigen Worten der Regierung müssen auch Maßnahmen zur Schaffung echter regionaler Marken folgen.

Wortkarg gibt sich die Rot-Rot in Sachen Freihandelsabkommen. Auf eine Kleine Anfrage unserer Fraktion, wie sich CETA, das bereits ausverhandelte Freihandelsabkommen mit Kanada, auf Brandenburg auswirkt, antwortet die Regierung, da gäbe es noch erheblichen Prüfbedarf. Die Antwort scheint eh' aus einer Drucksache der Bundesregierung herauskopiert. Wenn sich Rot-Rot so naiv auf Bund und EU verlässt, darf getrost bezweifelt werden, ob Brandenburg im TTIP-Abkommen mit den USA Regionalmarken wirklich schützen will und kann.

Michael Jungclaus, verbraucherschutzpolitischer Sprecher

www.gruenlink.de/vr0



Heide Schinowsky (Mitte) mit Axel Vogel (rechts) und Annalena Baerbock MdB (links) im Braunkohlekraftwerk Jänschwalde

FÜR MEHR RÜCKENWIND!

Brandenburg ist das führende Binnenland bei der Nutzung der Windenergie. Unternehmen wie Vestas in Lauchhammer, Senvion in Trampe, Reuther in Fürstenwalde, Enertrag in Prenzlau oder das Zahnradwerk in Pritzwalk bauen und warten Windräder. So sind in der Windbranche 5.300 neue Arbeitsplätze entstanden. Doch den Windmüllern bläst der Wind kalt ins Gesicht: Eine Volksinitiative sammelt derzeit Unterschriften gegen den weiteren Ausbau und fordert, dass zwischen Windanlagen und Wohnbebauung ein Mindestabstand vom Zehnfachen der Windradhöhe (10H) besteht. Die Einführung dieser sogenannten 10H-Regelung hätte jedoch einen Ausbaustopp zur Folge – und Brandenburg würde seine Klimaschutzziele verfehlen. Zu wenig Beteiligung der BürgerInnen an den Windplanungen sowie die Sorge um negative Auswirkungen auf die Gesundheit und auf das Landschaftsbild haben die Akzeptanz für die erneuerbare Energie sinken lassen.

Rechtzeitig und finanziell beteiligen

Unsere Fraktion will von Rot-Rot wissen, wie sie die Mitbestimmung der AnwohnerInnen und die Transparenz in den Planungsverfahren verbessern will: Was unternimmt das Land, um Kommunen und EinwohnerInnen an Windenergieprojekten sowie den Gewinnen zu beteiligen? Rot-Rot schweigt und lehnte auch die von uns vorgeschlagene Anhörung



© ideengruen.de

Am Horizont geht's weiter: Übergang von der Kohle zu den Erneuerbaren in der Lausitz

von Betroffenen und Fachleuten im Energie- und Wirtschaftsausschuss ab.

Wir haben in unserem Energiegutachten gezeigt, dass und wie Brandenburg den Strom für die Region Berlin-Brandenburg zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien erzeugen kann. Voraussetzung ist, dass Konflikte um den Ausbau von Erneuerbaren mit den Schutzanliegen von Mensch und Umwelt weitgehend vermieden werden und die BrandenburgerInnen stärker an der Energiewende beteiligt werden – sowohl an der Planung und als auch finanziell.

Die Beteiligung muss erfolgen, wenn Pläne noch nicht festgezurrt sind. Eingebundene EinwohnerInnen können die Planungen in ihrem Umfeld verbessern oder auch Bürgerenergieprojekte in örtlicher Gemeinschaft umsetzen. Davon gibt es in Brandenburg noch viel zu wenige – auch

weil die Landesregierung die Hürden dafür nicht herabsetzt. Bürger und BürgerInnen müssen die Möglichkeit bekommen, erneuerbare Energieanlagen selbst zu planen und zu betreiben. Auch kommunale Stadtwerke sollten Anlagen betreiben, damit sie die Einnahmen z. B. in örtliche Schulen und Infrastruktur investieren können. Einige ProjektentwicklerInnen kooperieren auch mit den Bürgern und Bürgerinnen vor Ort, indem sie vergünstigte Stromtarife anbieten. Unsere Fraktion stellt sich den Fragen und der Kritik von WindkraftgegnerInnen:

www.winddialog.heide-schinowsky.de

*Heide Schinowsky,
energie- und wirtschaftspolitische
Sprecherin*

www.gruenlink.de/vew

ROT-ROTE NOTEN

35.000 Unterschriften in nur vier Monaten: Der Ruf nach einer angemessenen Finanzierung der Musik- und Kunstschulen im Land ist unüberhörbar laut und vielstimmig. Nun muss sich der Landtag im März mit der erfolgreichen Volksinitiative „Musische Bildung jetzt“ befassen – der Unterstützung durch unsere Fraktion kann sie sicher sein. Obwohl die SchülerInnenzahlen von 25.000 auf 39.000 gestiegen sind und sich Personalkosten sowie Unterrichtsstundenzahl erhöhten, blieb die Landesförderung bis heute auf dem Niveau von 2003. Das Land trägt nur noch 9 Prozent der Kosten, Eltern und Kommunen übernehmen den Löwenanteil. Trotz riesiger Nachfrage können Partnerschaften mit Grundschulen, Kindergärten und Behinderteneinrichtungen nicht ausgebaut werden. Die Volksinitiative fordert, die Mittel für Musik- und Kunstschulen um knapp 3 Mio auf 5,6 Mio Euro jährlich zu erhöhen. Das Förderprogramm „Musische Bildung für alle“ soll gesetzlich festgeschrieben und mit 2,8 Mio Euro ausgestattet werden, um Kooperationsprojekte von Musik- und Kunstschulen mit Kitas und Grund- und Förderschulen zu unterstützen. In den Haushaltsverhandlungen der letzten Wahlperiode hat unsere Fraktion immer wieder eine Mittelaufstockung für die kulturelle Bildung beantragt. Der rot-rote Koalitionsvertrag von 2014 sieht zwar nun eine Erhöhung der Gelder ab 2017 um 2,1 Mio Euro vor. Doch das ist zu spät, zu wenig und steht auch noch – im übrigen als einzige Maßnahme im Bildungs- und Kulturbereich – unter dem Vorbehalt, dass sich die Finanzmittel im Landeshaushalt irgendwie abknapsen lassen.

*Marie Luise von Halem,
bildungs- und kulturpolitische Sprecherin*

STOPPT DEN AUSVERKAUF!

BäuerInnen hierzulande wird förmlich der Boden unter den Füßen weggezogen. Bei der Vergabe von Agrarflächen ziehen ortsansässige LandwirtInnen häufig den Kürzeren gegenüber finanzkräftigeren Kapitalgesellschaften, die mit diesen Flächen als Wertanlage spekulieren. Besonders betroffen sind bäuerliche Familienbetriebe, deren Zahl bereits in den letzten 10 Jahren um rund ein Fünftel gesunken ist. Beim Verkauf landeseigener Flächen ist auch das Land Brandenburg Nutznießer dieser Bodenspekulation und dreht die Preisspirale weiter mit nach oben. Die Landesregierung ist aber nach Artikel 40 der Verfassung verpflichtet, landeseigenen Grund und Boden vorzugsweise zu verpachten oder die Nutzung über Erbbaurecht zu regeln. Unsere Fraktion fordert deshalb einen Verkaufsstopp von Landesflächen. Es geht hier um bis zu 7.150 Hektar landwirtschaftliche Flächen aus dem sogenannten Preußenvermögen, die derzeit von der bundeseigenen Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG) im Auftrag des Landes vermarktet werden. Dazu kommen bis zu 23.500 Hektar Bodenreformvermögen (Neusiedlerflächen), für die die Brandenburgische Boden Gesellschaft für Grundstücksverwaltung und -verwertung mbH (BBG) zuständig ist.

Ein besonderes Problem bei den Preußenflächen ist, dass ein Großteil 2004 für 2 mal 6 Jahre an Landwirtschaftsbetriebe verpachtet wurde und diese Flächen ab 2016 von der BVVG verkauft werden sollen. Angesichts der gestiegenen Preise droht den bisherigen PächterInnen der Verlust ihrer Existenzgrundlage.

Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender und finanzpolitischer Sprecher



Demo für Musik- und Kunstschulen

Wann Michael Jungclaus welchen Bahnhof besucht und was er dort erlebt, kann man in seinem Blog nachlesen: <http://bahnhofstour.jungclaus.info/>

KEIN ANSCHLUSS AN DIESEM BAHNHOF?

Was haben Alt Rosenthal und Zellendorf, Oehna und Rehfeld, Walddrehna und Drahnisdorf gemeinsam? Sie gehören zu 60 Brandenburger Orten, an deren Bahnhöfen pro Tag weniger als 50 Fahrgäste ein- und aussteigen. Die letzte Landesregierung überlegte laut, diese Stationen aufzugeben – immerhin fast jeden 5. Bahnhof im Lande.

Verzögerungen im Betriebsablauf

Die neue Verkehrsministerin nährt diese Sorge weiter: Wenn Kathrin Schneider kundtut, den öffentlichen Nahverkehr im Speckgürtel zu stärken, aber insgesamt die ÖPNV-Mittel nicht zu erhöhen, dann muss an anderer Stelle ja eingespart werden. Wir finden: Niedrige Fahrgastzahlen dürfen kein Grund sein, Orte abzuhängen, sondern Ansporn, die Bahn attraktiver zu machen. PendlerInnen, SchülerInnen und TouristInnen müssen mitgenommen werden!

Wie ein moderner leistungsfähiger Nahverkehr auch für die ländlichen Regionen aussehen kann, hat unsere Fraktion in ihrem ÖPNV-Gutachten dargelegt. Wir wollen diese Vorschläge bei unseren Besuchen der mehr als 60 nachfrageschwachen Bahnstationen mit BürgermeisterInnen und BewohnerInnen vor Ort öffentlich diskutieren. Als wir beim Infrastrukturministerium nach den genauen Ein- und Aussteigezahlen an den Bahnhöfen fragten, fielen diese plötzlich unter das Betriebsgeheimnis der Verkehrsunternehmen! In Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein gibt es diese Geheimniskrämerei nicht. Unseren mit der CDU im Landtag gestellten Antrag für mehr Transparenz und Offenlegung von erhobenen Daten im ÖPNV lehnte Rot-Rot ab. Begründung: Die Regierung erstellt nun selber erstmal ein Mobilitätskonzept. Zielstellung: unklar. Bis Jahresende soll es zunächst eine Strategie zur Erarbeitung geben. Nun gut, Verzögerungen im Be-

triebsablauf sind beim Thema Bahn ja nichts Neues.

Es geht um eine Milliarde

Die sogenannten Regionalisierungsmittel vom Bund sind der wichtigste Finanztopf für den ÖPNV in Brandenburg. Während die Länder aufgrund ihres Gutachten 8,5 Milliarden Euro fordern, will der Bund nur 7,4 Mrd Euro rausrücken. Das reicht vorne und hinten nicht aus, um die Preissteigerungen der Deutschen Bahn für die Infrastrukturnutzung (jährlich ca. 2,7 Prozent!) und die steigenden Energiekosten zu decken. Die Verhandlungen um die Gelder ab 2016 laufen noch. Brandenburg muss da dran bleiben.

*Michael Jungclaus,
verkehrspolitischer Sprecher*

www.gruenlink.de/wce

UMFRAGE 2015

BLÄTTERST DU NOCH ODER SCROLLST DU SCHON?

Um unsere Öffentlichkeitsarbeit weiterzuentwickeln, möchten wir gern wissen, über welche Medien die Informationen unserer Fraktion bei Ihnen und Euch ankommen. Wir würden uns freuen, wenn die LeserInnen uns kurz diese Fragen beantworten könnten.

Die Antworten möchten wir ab Mitte Mai auswerten und bitten um eine Antwort bis **18.5.2015**.

- Man kann diese Seite heraustrennen und mit den angekreuzten Antworten in einem frankierten Umschlag senden an: **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag, Alter Markt 1, 14476 Potsdam**. Oder
- Man kann uns die Antworten – eingescannt oder formlos per E-Mail – senden an: **newsletter@gruene-fraktion.brandenburg.de**. Oder



- Man kann die Fragen online beantworten unter: **www.gruene-fraktion-brandenburg.de/umfrage-2015**



WIE INFORMIEREN SIE SICH ÜBER BÜNDNISGRÜNE POLITIK IN BRANDENBURG?

(Mehrfachnennungen möglich)

- ☐ Fraktionszeitung brandGRÜN
- ☐ Website der Landtagsfraktion
- ☐ Newsletter brandgrünONLINE
- ☐ Newsletter landtagAKTUELL
- ☐ Newsletter fraktionKOMMUNAL
- ☐ Facebook/Twitter der Fraktion
- ☐ Website des Landesverbandes
- ☐ Facebook/Twitter Landesverband
- ☐ Mailinglisten des Landesverbands
- ☐ Newsletter des Landesverbands

Medien:

- ☐ rbb-Fernsehen
- ☐ Brandenburger Zeitungen
- ☐ Radio
- ☐ Berliner/überregionale Zeitungen
- ☐ Persönliche Gespräche

Die Fraktionszeitung brandGRÜN:

- ☐ Würde ich auch als reinen Online-Newsletter lesen, wenn es die gedruckte Zeitung nicht gäbe.

IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel. (0331) 966 1701
info@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.gruene-fraktion-brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arbing
Redaktion: Frauke Zelt
Titelbild: © Gesicht Zeigen!
Alle Bilder ohne Angabe: ©Fraktion
Satz und Layout: ZITRUSBLAU
Papier 100 % aus Altpapier,
Umweltengel



IM BRANDENBURGER LANDTAG

Unter allen EinsenderInnen verlosen wir
drei Überraschungspakete der Fraktion!
Postanschrift bitte angeben!



klimaneutral
natureOffice.com | DE-219-784538
gedruckt